

Aktuelle Rechtsprechung des BGH in Arzthaftpflichtsachen

Rechtsanwalt Dr. Max Middendorf

Fachanwalt für Medizinrecht
Lehrbeauftragter der Universität Münster

Bergmann und Partner
Josef-Schlichter-Allee 38, 59063 Hamm
www.bergmannpartner.com
middendorf@bergmannpartner.com

1

Übersicht

- I. **Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13**
(Abgrenzung zur Amtshaftung, Einordnung der verzögerten Verlegung, Zurechnung Konsiliararzt)
- II. **Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13**
(Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung)
- III. **Urteil vom 21.10.2014, VI ZR 14/14**
(Reichweite der Verantwortlichkeit des aufklärenden Arztes)
- IV. **Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13 und Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14**
(Aufklärung Sectio vs. vaginale Geburt)

2

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

Fall: Klägerin war Beamtin auf Probe im Polizeidienst. Konsiliararzt (= B 2) war für Klinik mit Schlagfalleinheit (= B 1) tätig. Er verkannte die Ursache von Beschwerden (Hirnvenenthrombose) und veranlasste erst am Folgetag Verlegung in eine Uniklinik.

3

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

- Amtshaftungsgrundsätze greifen nicht
- ein Arzt übt nicht deshalb ein öffentliches Amt aus, weil sein Patient im Staatsdienst beschäftigt ist
- eine Amtshaftung kommt nur in Betracht, wenn der Arzt funktionell hoheitlich tätig wird

4

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

Amtshaftungsgrundsätze kommen in Betracht für

- Truppenarzt
- Amtsarzt
- Arzt im Auftrag einer Krankenkasse
- Durchgangsarzt
- Arzt im öffentlich-rechtlichen Rettungsdienst → hier (-)

5

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

„Ob die Klägerin aufgrund der Vorschriften des Landes Schleswig-Holstein grundsätzlich verpflichtet war, den polizeiärztlichen Dienst in Anspruch zu nehmen, ist unerheblich. Im Übrigen trägt die Revision selbst vor, dass die hier notwendige Notfallbehandlung einen Ausnahmefall darstellt [...]“

6

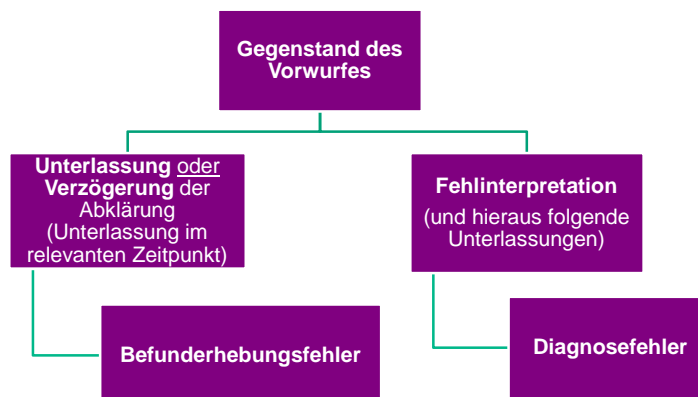
Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

- B 2 hatte trotz erkennbarer Notwendigkeit sofortiger Hirndiagnostik lediglich Verlaufsbeobachtung angeordnet.
- eine solche verspätete Anordnung der Verlegung ist ein **Befunderhebungsfehler**, kein Diagnosefehler

7

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13



8

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

- bei der Prüfung der Zurechnung der konsiliarärztlichen Tätigkeit ist auf funktionale Aspekte abzustellen
- Faustregel: wer liquidiert, der haftet



9

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

- hier: **keine gesonderte Abrechnung** durch B 2, sondern einheitlich durch Klinik (B 1)
- entscheidend: Konsiliararzt wurde in Erfüllung von Aufgaben der Klinik tätig, da es primär der Klinik mit der Schlagfalleinheit oblag, das hierfür qualifizierte Personal vorzuhalten

10

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

- also: Klinik musste für Leistungen im Zusammenhang mit umfassend einstehen
→ Zurechnung nach § 278 BGB
- offen: Organisationsmangel der Klinik (aber „nahliegend“, wenn personelle und sachliche Ausstattung unzureichend)

11

Urteil vom 21.01.2014, VI ZR 78/13

Abgrenzung zur Amtshaftung; Abgrenzung Befunderhebung-/Diagnosefehler; Zurechnung bei Einbindung externer Ärzte

**Ergebnis:
Revisionen der Beklagten unbegründet.**

12

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

Fall: Darmperforation nach Koloskopie, nachfolgend Peritonitis. OLG Hamm (MedR 2014, 209) hat offengelassen, ob Haftung aus Behandlungsfehler, da jedenfalls Haftung wegen Aufklärungsdefizits. Einwand der hypothetischen Einwilligung greife nicht. Anhörung zum Entscheidungskonflikt nur vor dem Landgericht.

13

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

- Annahme der Aufklärungspflicht war zutreffend
- Beweiswürdigung insoweit nicht fehlerhaft
- aber: Verwerfen des Einwandes der hypothetischen Einwilligung war falsch

14

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

„Feststellungen darüber, wie sich ein Patient bei ausreichender Aufklärung entschieden hätte, und ob er in einen Entscheidungskonflikt geraten wäre, darf der T Richter **grundsätzlich nicht ohne persönliche Anhörung des Patienten** treffen;“

15

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

„ein **Ausnahmefall** kann vorliegen, wenn schon die unstreitigen äußeren Umstände eine sichere Beurteilung der hypothetischen Entscheidungssituation zulassen.“

16

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

- Berufungsgericht hatte hier die Angaben des Klägers vor dem Landgericht zugrunde gelegt, aber abweichend gewürdigt
- das geht – wenn das Berufungsgericht den Vorgang abweichend bewerten will – so nicht

17

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

- Tatrichter soll nicht vorschnell auf das abstellen, was objektiv naheliegend oder vernünftig ist
- Kläger hatte angegeben: „weiß nicht, was ich gemacht hätte“
- OLG hatte entscheidend auf objektive Erwägungen (rein diagnostischer Eingriff, keine Dringlichkeit) abgestellt

18

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

„Die persönliche Anhörung soll es ermöglichen, den anwaltlich vorgetragenen Gründen für und gegen einen Entscheidungskonflikt durch **konkrete Nachfragen** nachzugehen **und** sie auch aufgrund des **persönlichen Eindrucks** vom Patienten sachgerecht beurteilen zu können.“

19

Urteil vom 30.09.2014, VI ZR 443/13

Entscheidungskonflikt und hypothetische Einwilligung

Ergebnis:
Aufhebung und Zurückverweisung

20

Urteil vom 21.10.2014, VI ZR 14/14

Reichweite der Verantwortlichkeit des aufklärenden Arztes

Fall: Knie-Arthroskopien in einer Privatklinik, die aufklärende Ärztin war niedergelassene Orthopädin, mit der eine Kooperationsvereinbarung bestand. Voruntersuchungen waren durch die Ärztin nicht erfolgt. Indikationsstellung durch Klinikarzt.

21

Urteil vom 21.10.2014, VI ZR 14/14

Reichweite der Verantwortlichkeit des aufklärenden Arztes

Fall: OLG differenzierte zwischen allgemeiner Aufklärung und Aufklärung bzgl. Alternativen und Erfolgsaussichten. Letzteres sei für einen externen, nicht in die Behandlung involvierten Arzt nicht Gegenstand seines Pflichtenkreises.

22

Urteil vom 21.10.2014, VI ZR 14/14

Reichweite der Verantwortlichkeit des aufklärenden Arztes

- grundsätzliche Annahme, dass über beschränkte Erfolgsaussichten aufzuklären ist, war richtig
- Aufklärungspflicht jedenfalls dann, „wenn das Misserfolgsrisiko hoch ist“
- reiner Aufklärungsfehler kann auch unerlaubte Handlung begründen

23

Urteil vom 21.10.2014, VI ZR 14/14

Reichweite der Verantwortlichkeit des aufklärenden Arztes

- **aber:** keine Grundlage für – **allgemeine** – Annahme, dass Pflichtenkreis bei fehlender Einbindung in Indikationsstellung und Vereinbarung limitiert sei
- Garantenpflicht wird durch tatsächliche Übernahme der Behandlung **oder** Schaffung einer ärztlichen Vertrauensstellung begründet

24

Urteil vom 21.10.2014, VI ZR 14/14

Reichweite der Verantwortlichkeit des aufklärenden Arztes

- „**Umfang des Vertrauens** entscheidend, das sich der Patient aufgrund des konkreten Auftretens des Arztes berechtigterweise bilden darf“
- Feststellungen hierzu im Einzelfall erforderlich – war hier unterblieben

25

Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13 Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14

Aufklärung über Behandlungsalternativen Sectio – vaginale Geburt

Fall (erste Entscheidung): Mutter war zu Beginn der Behandlung (27.01., 29+2 SSW) über Möglichkeit einer sectio aufgeklärt worden. Mutter entschied sich für vaginale Geburt. Es erfolgte aber keine erneute Aufklärung in der Geburtssituation (09.02.).

26

**Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13
Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14**

**Aufklärung über Behandlungsalternativen
Sectio – vaginale Geburt**

Fall (Forts.): OLG hatte Haftung bejaht. Nach einem Blasensprung am 08.02. habe eine erneute Aufklärungspflicht bestanden. Diese Pflicht sei verletzt worden. OLG war überzeugt, dass Verzicht auf sectio mitursächlich für Behinderungen des Klägers geworden ist.

27

**Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13
Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14**

**Aufklärung über Behandlungsalternativen
Sectio – vaginale Geburt**

„Bestehen **deutliche Anzeichen** dafür, dass sich der Zustand der Schwangeren bzw. der Geburtsvorgang so entwickeln können, dass die Schnittentbindung zu einer **echten Alternative** zur vaginalen Entbindung wird, muss der Arzt die Schwangere über die unterschiedlichen Risiken und Vorteile der verschiedenen Entbindungsmethoden aufklären.“

28

**Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13
Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14**

**Aufklärung über Behandlungsalternativen
Sectio – vaginale Geburt**

„[...] klärt der Arzt die Schwangere [...] über die verschiedenen Entbindungsmethoden und die mit ihnen verbundenen Risiken auf, so muss er die Schwangere **grundsätzlich nicht nochmals** über die Möglichkeit der Schnittentbindung unterrichten, wenn die ernsthaft für möglich gehaltene Entwicklung eingetreten und die Sectio zur gleichwertigen Behandlungsalternative geworden ist.“

29

**Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13
Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14**

**Aufklärung über Behandlungsalternativen
Sectio – vaginale Geburt**

„Etwas **anderes** gilt nur dann, wenn sich **nachträglich** - sei es aufgrund einer **Veränderung der Situation**, sei es aufgrund neuer Erkenntnisse - Umstände ergeben, die zu einer **entscheidenden Veränderung der Einschätzung** der mit den verschiedenen Entbindungsmethoden verbundenen Risiken und Vorteile führen und die unterschiedlichen Entbindungsmethoden deshalb in neuem Licht erscheinen lassen.“

30

**Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13
Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14**

**Aufklärung über Behandlungsalternativen
Sectio – vaginale Geburt**

- z. B. Risikoerhöhung durch Lageänderung (Steißlage)
- hier: keine Feststellungen zur wesentlichen Veränderung der Risikofaktoren

31

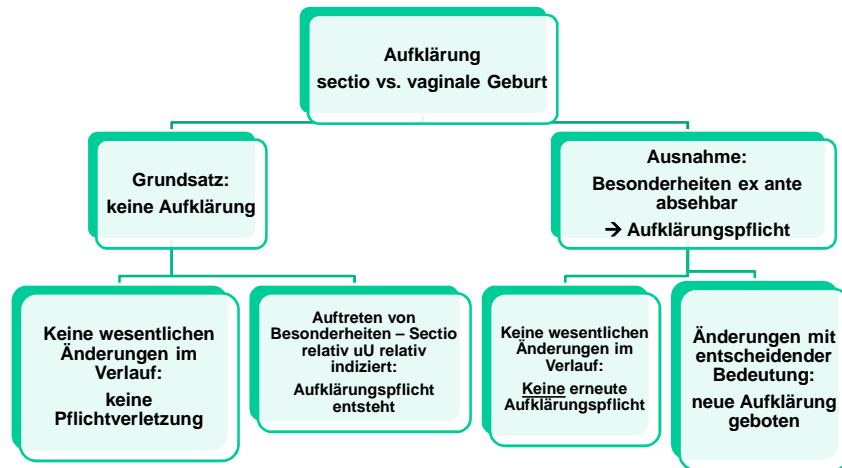
**Urteil vom 28.10.2014, VI ZR 125/13
Beschluss vom 18.12.2014, VI ZR 207/14**

**Aufklärung über Behandlungsalternativen
Sectio – vaginale Geburt**

Fazit

**Aufhebung und Zurückverweisung bzw.
Zurückweisung der Anhörungsrüge**

32



33

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Rechtsanwalt Dr. Max Middendorf
Fachanwalt für Medizinrecht
Lehrbeauftragter an der Universität Münster
 middendorf@bergmannpartner.com

34